



KI-Regulierung in Europa



Daniel Abbou

Der Einsatz und die Entwicklung Künstlicher Intelligenz (KI) auf dem Prüfstand: Über das Thema KI war in den letzten Monaten viel zu lesen. Der Hype um ChatGPT hat Politik, Regierungsbehörden, aber auch die Öffentlichkeit auf den Plan gerufen und die Stimmen für eine stärkere Regulierung werden immer lauter. Während in der öffentlichen Debatte häufig apokalyptische Szenarien vorherrschen, wird das Potenzial von KI, das die Gamechanger-Technologie für die Lösung der großen Probleme unserer Gesellschaft bietet, oft übersehen.

So können innovative KI-Technologien beispielsweise Ärzt:innen und Rechtsanwält:innen eine Vielzahl repetitiver und zeitraubender Tätigkeiten abnehmen und so zur dringend benötigten Entlastung im Gesundheitssystem beitragen oder beim Fachkräftemangel Abhilfe schaffen. Aber auch in den Klimawissenschaften und im Kampf gegen den Klimawandel ist der Einsatz von KI nicht mehr wegzudenken.

Wie kann eine KI-Regulierung aussehen?

Der zunehmende Einsatz dieser Technologie erfordert zweifellos eine gemeinsame gesellschaftliche Debatte darüber, wie wir in Zukunft sicherstellen können, dass der Einsatz von KI im Einklang mit unseren demokratischen und europäischen Werten steht. Der Diskurs darüber ist entscheidend für ein innovationsfreundliches

öffentliches Klima und eine dem Gemeinwohl dienende Nutzung und Entwicklung von KI. Die Regulierungsbehörden sind daher aufgefordert, die europäische KI-Industrie durch einen geeigneten Rechtsrahmen zu unterstützen, der spezifisch genug ist, um allgemeine Fragen zu regeln, aber gleichzeitig die notwendige Flexibilität für künftige Entwicklungen der KI bietet.

In der Europäischen Union wird versucht, dieses Ziel mit dem sogenannten EU Artificial Intelligence Act (AI Act) zu erreichen. Die Debatten seit der ersten Vorlage des AI Act durch die Europäische Kommission vor mehr als zwei Jahren zeigen jedoch deutlich die Komplexität der Regulierung von KI. So überrascht es nicht, dass sich die drei Ansätze der am Gesetzgebungsprozess beteiligten Institutionen in wesentlichen Grundzügen unterscheiden. Leider ist es den Gesetzgeber:innen in Brüssel nicht gelungen, einen Rechtsrahmen zu schaffen, der ein akzeptables Maß an Verhältnismäßigkeit wahrt und sich tatsächlich auf diejenigen KI-Anwendungen konzentriert, die echte Bedrohungen und Risiken darstellen.

Welche Auswirkungen hätte der AI Act auf den Wirtschaftsstandort Deutschland?

Aktuelle Studien zeigen, dass die Nutzung und Integration generativer KI-Modelle in unsere Wirtschaft und Arbeitsprozesse nicht mehr aufzuhalten sein wird. Diese Umstellung wird beispielsweise im Bereich des Fachkräftemangels Abhilfe schaffen oder Arbeitnehmer:innen erlauben, sich auf kreative Aspekte ihrer Berufstätigkeit zu konzentrieren.

Gerade aufgrund ihrer zunehmenden Popularität stehen Foundation Models, die die Grundlage für generative KI-Anwendungen bilden, im Fokus der Verhandlungen rund um den AI Act. Nach den aktuellen Vorstellungen des Europäischen Parlaments droht gerade dieser Schlüsseltechnologie eine Überregulierung, die, im schlimmsten Fall, die Entwicklung in der EU nahezu unmöglich machen würde. Wir fordern daher nachdrücklich, dass sich die EU auf ihr ursprüngliches Ziel besinnt, einen risikobasierten und technologie-neutralen Regulierungsrahmen zu schaffen, anstatt die Basistechnologien nahezu aller KI-Anwendungen gezielt und anwendungsunabhängig zu regulieren.

Auch für die Berufsgruppe der Freien Berufe hätten solche regulatorischen Vorgaben nachhaltig negative Auswirkungen. Insbesondere im Bereich des Datenschutzes schafft der AI Act neue rechtliche Grauzonen und Unsicherheiten, anstatt die Defizite der DSGVO im Bereich der KI aufzuarbeiten.

Wie weiter, Europa?

Der KI Bundesverband wendet sich keinesfalls gegen Forderungen wie die Kennzeichnung von Inhalten, die durch generative KI erstellt wurden. Vielmehr erhalten solche Positionen unsere Unterstützung. Hier gilt es ganz klar, Risiken zu minimieren, gewisse regulatorische Anforderungen sind daher unumgänglich, gerade auch mit Blick auf Themen wie Urheberrecht oder Datenschutz.

Über den KI Bundesverband

Der Bundesverband der Unternehmen der Künstlichen Intelligenz in Deutschland e.V. vernetzt die innovativsten KI- und Deep-Tech-Unternehmen mit der etablierten Wirtschaft und Politik und ist mit mehr als 400 KI-Unternehmen das größte KI-Netzwerk Deutschlands. Die Mitglieder des KI Bundesverbands setzen sich dafür ein, dass diese Technologie im Sinne europäischer und demokratischer Werte Anwendung findet und Europa digitale Souveränität erreicht. Dafür müssen die Bundesrepublik Deutschland und die EU ein attraktiver KI-Standort für Unternehmerinnen und Unternehmer werden, in dem Risikobereitschaft gewürdigt wird und Innovationsgeist auf die besten Voraussetzungen trifft.

2021 ergab eine Studie, dass nur knapp sechs Prozent aller Unternehmen in Deutschland bereits KI einsetzen – für den KI Bundesverband ein erschreckend niedriger Wert. Als einer der Hauptgründe für diesen niedrigen Wert wurden Datenschutzbedenken gegen außereuropäische KI-Modelle identifiziert. So zeigt die 2023 veröffentlichte LEAM-Machbarkeitsstudie, dass derzeit rund 73 Prozent aller auf dem Markt befindlichen Foundation-Modelle aus den USA stammen, weitere 15 Prozent aus China. Für den KI Bundesverband ist damit klar: Europa ist auf dem Weg, sich bei dieser Schlüsseltechnologie in eine gefährliche Abhängigkeit von ausländischen Anbietern zu begeben.

Gamechanger-Technologie

Mit der drohenden Überregulierung durch den AI Act besteht jedoch die Gefahr, dass der AI Act sowohl die Entwicklung als auch den Einsatz dieser Gamechanger-Technologie in Deutschland massiv erschweren wird. Unsere zentrale Forderung bleibt daher: Die EU muss zukunftsorientiert denken und unrealistische Weltuntergangsszenarien in der politischen Debatte vermeiden. Europa braucht eine Regulierung von KI, aber eine vernünftige und praktikable Lösung, die reale Risiken und Bedrohungen minimiert. Wir hoffen daher, dass die kommenden Trilogverhandlungen eine positive Veränderung bewirken werden. ■

Daniel Abbou ist seit dem 1. Mai 2020 Geschäftsführer im KI Bundesverband e.V. Er war zuvor Pressesprecher in verschiedenen Finanz- und Wirtschaftsministerien. Im ersten baden-württembergischen Kabinett Kretschmann bekleidete er die Funktion des stellvertretenden Regierungssprechers.